

Besser ist mehr! Lebensqualität statt Wachstumswahn als neues Leitbild der Politik.

5

Wir Grüne setzen auf eine Politik, die sich an den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Fairness zwischen den Generationen und Geschlechtern orientiert. Unser Ziel ist eine Politik des „Immer Besser“ statt des „Immer mehr“: wir wollen Lebensqualität für Alle. Das geht nur, wenn die Fixierung auf hohes Wirtschaftswachstum durchbrochen wird und die oben genannten Ziele in den Fokus der Politik rücken. Wir lehnen Wachstum nicht per se ab: wir treten für Wachstum bei Erneuerbaren Energien ein, um möglichst rasch eine Vollversorgung zu erreichen. Wir treten für Wachstum bei Kinderkrippen und Ganztagschulen ein, um möglichst allen Kindern eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Aber für uns ist klar: Wachstum ist kein Wert an sich. Es hat nur dort seine Berechtigung, wo es höherrangigen Zielen dient.

Wir wollen die einseitige und unrealistische Orientierung der Politik auf hohe Wachstumsraten überwinden. Nur durch eine Politik, die auf realistischen Annahmen beruht, die ökologisch verantwortlich handelt und die soziale Spaltung der Gesellschaft zurückdrängt, wird es gelingen, das Wirtschafts- und Finanzsystem zu stabilisieren, die Verschuldung der öffentlichen Hand zurück zu fahren und für sozialen Ausgleich zu sorgen.

25 *Blindes Vertrauen auf Wirtschaftswachstum führt zu ökologischen und sozialen Fehlentwicklungen*

Blindes Vertrauen auf Wirtschaftswachstum führt in die ökologische Sackgasse. Um die Erderwärmung auf ein gerade noch erträgliches Maß von 2 °C zu begrenzen, muss der Ausstoß von Klimagasen drastisch sinken, v.a. in den Industrieländern wie Deutschland, die weltweit nach wie vor die höchsten CO₂-Emissionen pro Kopf verzeichnen. Eine Politik des Wachstums ignoriert die Endlichkeit der Ressourcen. Schon heute werden einige Rohstoffe knapp, die Artenvielfalt geht zurück, naturbelassene Räume schrumpfen immer weiter.

Blindes Vertrauen auf Wirtschaftswachstum führt in die wirtschafts- und finanzpolitische Sackgasse. Die Philosophie des „Schneller, Höher, Weiter“, die in den letzten Jahren vor allem in der Finanzindustrie dominiert hat, verstärkt die Krisenanfälligkeit marktwirtschaftlicher Systeme. Die immer höher werdenden Renditen konnten nur durch immer höhere Risiken bei den Finanzprodukten erzielt werden. Der Crash war nur eine Frage der Zeit. Das Fehlen einer wirksamen politischen Regulierung dieser hochriskanten Geschäfte hat die Spekulationsblase erst möglich gemacht. Dabei wird in Kauf genommen, dass die Gewinne in der Boom-Phase von einer Minderheit abgeschöpft werden, die Folgen des Zusammenbruchs aber von der Allgemeinheit finanziert werden. Dieses führt zur Verschärfung der sozialen Verwerfungen: Die Schere von Einkommen und Vermögen öffnet sich noch weiter. Zum Schuldenabbau des Staates werden alle herangezogen, Leistungen des Staates werden teurer oder eingeschränkt. Die Finanzkrise zieht eine riesige Staatsverschuldung nach sich, für die kommende Generationen gerade stehen müssen. Mit der aktuellen Politik der Bundesregierung sollen zwar die Finanzschulden zurückgeführt werden, aber dafür werden ökologische und soziale Schulden vergrößert.

Soziale Probleme bleiben ungelöst

55 Blindes Vertrauen auf Wirtschaftswachstum löst auch keine sozialen Probleme.
Denn der Zuwachs an materiellem Wohlstand und seine Verteilung sind zwei
verschiedene Fragen. Wir leben nicht mehr in den 50er Jahren des letzten
Jahrhunderts, als hohe Wachstumsraten bis zu einem gewissen Grad auch mehr
Wohlstand für alle bedeutet haben. Die Voraussetzungen in einer Welt mit
60 globalisierten Märkten haben sich geändert.

Das Umschalten von „Mehr Wachstum“ auf „Mehr Lebensqualität“ ist nicht alleine
eine Frage von Gesetzen oder Verordnungen. Es ist auch eine Frage
gesellschaftlicher Leitbilder und des persönlichen Lebensstils. Dabei gilt es zu
verdeutlichen, was gewonnen werden kann, wenn die Maxime nicht mehr lautet
65 „Schneller, Höher, Weiter“: Selbstbestimmung, Zeitwohlstand und sozialer
Zusammenhalt. Und es gilt, nicht zu verschweigen, dass es von Fall zu Fall ohne
Verzicht nicht gehen wird.

Wo Verzicht nötig ist, werden ihn vor allem diejenigen leisten müssen, die mehr
haben. Wer wenig hat, kann nicht verzichten. Deshalb muss über Umverteilung und
70 Gerechtigkeit gesprochen werden. Es geht nicht in erster Linie um Erhöhung von
Transferleistungen, sondern um Umverteilung von Arbeit und Finanzierung gerechter
Chancen. Dabei mögen Einzelne unter dem Strich weniger materiellen Wohlstand
haben; die Gesellschaft als Ganzes wird davon profitieren.

75

Es geht um eine Krise des Systems

Kaum scheint es so, als sei, die durch das Finanzmarkt-Desaster ausgelöste
globale Wirtschaftskrise einigermaßen ausgestanden, droht der europäischen bzw.
80 gar der weltweiten Staatengemeinschaft mit der „Euro-Krise“ und den drastisch
angehäuftten Schulden der öffentlichen Hand neues Unheil. Aber bereits bevor das
Finanzmarkt-Desaster offenkundig wurde, häuften sich globale Alarmzeichen. Zu
nennen wären hier etwa die massiv spürbare Verknappung und Verteuerung von
Rohstoffen und fossilen Energieträgern, der Klimawandel mit seinen drohenden
85 katastrophalen Auswirkungen, die Welternährungskrise und die immer größer
werdenden Disparitäten zwischen Nord und Süd. All diese Alarmzeichen zeigen uns,
dass wir nicht mehr so weiter wirtschaften können wie bisher.

Wirtschaften heißt eigentlich, haushälterisch umzugehen mit knappen
Ressourcen. Tatsächlich aber basieren Produktion und Konsum in den modernen
90 Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften auf Verschwendung und Ausbeutung.
Unsere Wirtschaftsweise und unser Lebensstil gehen zu Lasten der Umwelt und auf
Kosten kommender Generationen, aber auch auf Kosten von Menschen in anderen
Weltregionen. Wir leben über unsere Verhältnisse und wir leben auf Pump, um
fortwährendes Wachstum zu erzwingen, wobei erhebliche graduelle Unterschiede
95 zwischen den einzelnen Volkswirtschaften bestehen: auf der einen Seite ist es
einigen europäischen Ländern gelungen, spürbare Fortschritte beim effizienten
Einsatz von Ressourcen zu erzielen; die USA hingegen stehen bestenfalls am
Beginn dieser Entwicklung: ein großer Gegensatz, der zeigt, dass Marktwirtschaften
vor allem dann effizient arbeiten, wenn die richtigen politischen Rahmenbedingungen
100 gesetzt werden.

Die derzeitige weltweite Finanzkrise liefert ein Lehrbeispiel dafür, wohin uns der
Aberglaube an die Selbstheilungskräfte der Märkte, Deregulierung und
Bereicherungssucht bringt. Es ist höchste Zeit, diesen Irrglauben in die Schranken zu

weisen und die ökonomischen Prozesse politisch zu regulieren und zu gestalten.
105 Denn was wir derzeit erleben, ist nicht nur eine konjunkturelle Krise, die es zu
bewältigen gilt, wie es manche gerne glauben machen wollen. Wir haben es mit einer
Systemkrise zu tun. Durch das blinde Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte der
Märkte und den Abbau von Regulierungen auf den Waren- und Finanzmärkten
110 haben sich in den letzten Jahrzehnten immer größere Blasen gebildet, deren Platzen
mit immer größeren Verwerfungen einhergeht. Doch es gilt nicht nur den
Kapitalismus vor der ihm innewohnenden Tendenz zur Selbstzerstörung zu
schützen; auch die Klimakrise, die massiven Probleme bei der Sicherstellung der
Welternährung und die knapper werdenden natürlichen Ressourcen zwingen zum
Handeln.

115

Probleme an der Wurzel packen

Eine Strategie, diese Krisen nacheinander abarbeiten zu wollen, wäre zum
Scheitern verurteilt und verantwortungslos. Zum einen müssen wir konstatieren, dass
120 all diese Krisen ihren Ursprung darin haben, dass die Industrieländer des Nordens
über ihren Verhältnissen leben. Zudem dient ihre Wirtschaftsweise und die
Lebensweise ihrer BewohnerInnen den Schwellenländern unverändert als Vorbild,
was die Situation weiter verschärft. Wenn dem aber so ist, kann es nicht
funktionieren, aus der Phalanx der Probleme nur eines herauszunehmen. Zum
125 anderen kann der Kampf gegen den Klimawandel und den Hunger auf der Welt nicht
einfach warten. Hier muss schnell gehandelt werden.

Wenn die Ursache in der unserer falschen Wirtschaftsweise liegt, muss diese
verändert werden. Damit einher gehen muss ein Umsteuern in der Finanz-, Steuer-
und Wirtschaftspolitik. Selbstverständlich ist die Konsolidierung der öffentlichen
130 Haushalte dringend notwendig. Wir müssen uns aber auch um mehr Umwelt- und
Klimaschutz und um mehr Gerechtigkeit in unserem eigenen Land kümmern. Das
macht klar: die Wachstumsdebatte gehört ganz oben auf die politische Agenda.

Wirtschaftswachstum ist keine Selbstverständlichkeit

135

Stetes Wirtschaftswachstum ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit, zumal
einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft. Erinnerung sei hier an die Jahre, in
denen die wirtschaftliche Entwicklung stagnierte oder wie 1982 und 1993 sogar
rückläufig war. Wachstum kann von der Politik herbeigefordert und gefördert werden,
140 es kann außergewöhnliche Wachstumsschübe geben wie bei der Sonderkonjunktur
Ost. Aber anschließend drohen umso drastische Einbrüche bei den
Wachstumsraten. Die oft folgenden Versuche der Politik, mit Maßnahmenpaketen
das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und künstliche Bedarfe zu schaffen, helfen
kaum weiter. Im Gegenteil belasten die häufig hohen Kosten die öffentlichen
145 Haushalte spürbar.

Wegen der weiterhin steigenden Arbeitsproduktivität muss das
Wirtschaftswachstum sehr deutlich ausfallen, damit es positive Effekte auf den
Arbeitsmarkt hat. Hohes Wirtschaftswachstum bedeutet aber, dass die natürlichen
Ressourcen und die Umwelt weiterhin überstrapaziert werden. Unwetter mit
150 katastrophalen Folgen wie Hochwasser und schwere Stürme sind mittlerweile auch
bei uns keine Seltenheit mehr. Zwar konnten zweifellos in den letzten Jahren
Effizienzgewinne erzielt werden; viel zu oft wurden diese allerdings durch
Mengeneffekte überlagert: etwa wenn die Wärmedämmung der Wohnungen besser
wird, aber die Wohnfläche pro Kopf weiter steigt. Umwelt- und Klimaschutz verlangen
155 also gleichermaßen nach Effizienz im Sinne von gezieltem Einsatz der Ressourcen,

und nach Suffizienz. Das Ziel muss lauten: nicht mehr und größer sondern besser und nachhaltiger.

Nord-Süd-Ausgleich – nicht machbar, wenn wir weiter so wachsen

160

Die ungerechte Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen zwischen Nord und Süd gehört zu den großen globalen Herausforderungen. Die einfache Übernahme westlicher Lebensmodelle und –standards kann dabei selbst dann keine Lösung des Problems darstellen, wenn sie ökonomisch funktionieren würde. Sämtliche Ökosysteme wären in diesem Fall vom Kollaps bedroht. Die Lösung kann nur darin bestehen, dass sich die wohlhabenden Industriestaaten verpflichten, ihr Wirtschaftssystem konsequent und rasch zu kohlenstoffarmen Wirtschaften umzubauen. Nur dann wird auch die moralische Überzeugungskraft vorhanden sein, auf ein wirksames globales Klimaregime zu drängen. Ob dieser Umbau alleine durch den Einsatz neuer Technologien in absehbarer Zukunft erfolgreich sein kann, ist sehr zweifelhaft. Wir müssen deshalb in der Gesellschaft auch die Debatte darüber führen, welche Art von Konsum wir wollen.

165

170

Bauen auf Wirtschaftswachstum verhindert dringend erforderliche Reformen

175

Verlässt man sich in der Politik auf stetiges Wirtschaftswachstum, sieht man spürbares Wachstum zumindest als Regelfall, so nimmt dies den Druck, die Systeme der sozialen Sicherung und die Finanzsysteme der öffentlichen Körperschaften zu reformieren. Vertrauen auf immerwährendes Wachstum zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit öffentlicher Haushalte und zur Aufrechterhaltung der sozialen Sicherung ist letztlich nichts anderes, als die Bevölkerung einem Schneeballsystem zu überantworten.

180

Für einen differenzierten Wachstumsbegriff

185

Sich der Wachstumsfrage anzunehmen, heißt nicht Wirtschaftswachstum zu verteufeln, jedes Wachstum in einzelnen Unternehmen, Branchen, aber auch Volkswirtschaften streitig zu stellen. Unsere Botschaft lautet nicht, dass es bei uns keinerlei Wachstum mehr geben darf; wir streben nicht an, das Bruttoinlandsprodukt bewusst abzusenken, zumal dann nicht, wenn es gelingt, das Wachstum stärker vom Umweltverbrauch zu entkoppeln. Selbstverständlich werben wir für Wachstum in bestimmten Wirtschaftsbereichen, propagieren wir Möglichkeiten, Wettbewerbsvorteile und damit auch Wachstumschancen über Umwelttechnologien und ressourcensparende Techniken bzw. innovativen betrieblichen Umweltschutz zu erzielen. Es geht statt dessen darum, deutlich zu machen, wohin uns Wachstum im großen Maßstab, das auf Ausbeutung der natürlichen Ressourcen unter Hinnahme von globaler sozialer Ungerechtigkeit und unter Inkaufnahme eines globalen ökologischen Kollaps ausgerichtet ist, führt. Globale Krisen und soziale Schief lagen in unserem Land werden wir nicht durch ein größeres Wirtschaftswachstum lösen können. Wachstumsraten von im Durchschnitt (!) drei Prozent, wie sie die Neoliberalen verlangen, sind unrealistisch. Wir müssen uns von dem Diktat der Volkswirte befreien, dass wirtschaftliche Gesundung wie Schuldenabbau und niedrige Arbeitslosigkeit sowie ökologische und soziale Ziele nur bei einem Wirtschaftswachstum von 3% und mehr zu erreichen seien. Vielmehr müssen wir es erreichen, dass bei einem an den Produktivitätsfortschritten angepassten „Trendwachstum“ von 1% und weniger dennoch unsere ökologischen und sozialen

190

195

200

205

Ziele erreicht werden können, wobei die Zielgröße die Nachhaltigkeit und nicht das Wachstum ist: Wachstum ist immer Ergebnis und nie Ziel des Handelns.

210 *Soziale Sicherung zukunftstauglich machen*

Wirtschaftswachstum kann längst nicht mehr in dem Ausmaß generiert werden, wie es noch in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts möglich war. Das wäre auch nicht wünschenswert. Dennoch beruht die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme nach wie vor auf der Annahme, das
215 Wirtschaftswachstum bleibe hoch und stetig.

Das zeigt sich in unserem Steuersystem: die überproportionale Belastung von Arbeitseinkommen und die im internationalen Vergleich niedrige Besteuerung von Zinsen, Vermögen und Erbschaften haben eine hohe Abhängigkeit der staatlichen
220 Einnahmen von der konjunkturellen Lage zur Folge. Ist die Konjunktur gut, sprudeln die Einnahmen. Lahmt die Konjunktur, bekommt der Fiskus Probleme. Ähnliches gilt für die sozialen Sicherungssysteme: die Beitragszahlungen werden von den abhängig Beschäftigten und ihren Arbeitgebern finanziert. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, sinken die Einnahmen, es entstehen Defizite. Überlegungen, die Einnahmen
225 der Sozialversicherungen durch Einbeziehung anderer Einkommensarten oder stärkere Steuerfinanzierung unabhängiger gegenüber konjunkturellen Schwankungen zu machen, wurden bislang abgeblockt.

Eine ökologische, soziale und global verantwortungsvolle Politik wird nicht umhin kommen, sich aus dem Zwang zum Wirtschaftswachstum mit all seinen negativen
230 Konsequenzen zu befreien. Für die Akzeptanz einer solchen Politik ist die Neuorganisation der Finanzierung staatlicher und staatlich garantierter Leistungen unabdingbar. Dabei gilt: wer nichts hat, kann auch auf nichts verzichten. Wer viel hat, muss mehr leisten. Die Umverteilungsfrage steht auf der Tagesordnung: wie kann Gerechtigkeit unter der Voraussetzung geringen Wirtschaftswachstums sichergestellt
235 werden? Wie können wir eine menschenwürdige Existenz für alle sichern? Wie können wir gesellschaftliche Teilhabe für alle und den Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt garantieren? Über diese Fragen muss neu nachgedacht werden, dabei sind auch radikale Schritte wie ein Grundeinkommen unvoreingenommen und ergebnisoffen zu diskutieren.

240 *Wohlstand ohne Wachstum – eine kulturelle Aufgabe*

Eine Lebensweise jenseits von ständigem Wachstum zu entwickeln ist ganz wesentlich eine kulturelle Aufgabe. Kultur, das sind die Bilder, Symbole und Werte,
245 die sozialen Normen, mit denen wir uns innerhalb der Gesellschaft verständigen. Diese Kultur müssen wir auf ihre Haltung zum Wachstumsparadigma überprüfen. Die Politik ist dabei ein wichtiger Akteur. Es kommt auf ihre Botschaften an. Solange sie – wie bisher – eine Kultur des Wachstums fördert und damit gesellschaftliche Normen setzt, wird sich wenig ändern.

Appelle an den Egoismus reduzieren die Menschen zu funktionierenden Rädchen im Wirtschaftssystem des immerwährenden Wachstums. Die Menschen sind und können aber mehr als das. Sie haben alle Fähigkeiten und Kompetenzen, die wir für
250 die großen Zukunftsaufgaben brauchen. Sie haben die Fähigkeit, in schwierigen Situationen neue kreative Wege zu finden, und die Bereitschaft zur Kooperation für eine gemeinsame Sache. Sie können gemeinsam Ziele setzen und Verantwortung
255 übernehmen.

Nachhaltigkeit muss die soziale Norm werden, mit der wir uns innerhalb der Gesellschaft verständigen, und „Wohlstand jenseits des Wachstumswahns“ das Ziel.

260 Die Botschaft heißt: wir können es gemeinsam schaffen, aus den gegenwärtigen
Krisen eine neue stabile Gesellschaft zu bauen, in der wir uns wohlfühlen. Das „Wir“
ist dabei ein globales. Nur ein globales „Wir“-Gefühl schafft die Voraussetzung für
internationale Gerechtigkeit.

265 „Wohlstand jenseits des Wachstumswahns“ meint keine Verzichtsrhetorik,
sondern eine Botschaft der Befreiung in bester Grüner Tradition. Viele Menschen
wollen längst heraus aus dem Hamsterrad des ständigen Mehr. Sie suchen ein
erfülltes Leben ohne den ständigen Druck, sie wünschen Stabilität, Sicherheit vor
Krisen, Reichtum in Beziehungen und Entfaltung ihrer Kreativität. Und auch das
Bewusstsein, nicht länger auf Kosten anderer zu leben. Für dieses gute Leben der
Zukunft die richtige Sprache und die überzeugenden Bilder zu finden ist die Aufgabe
270 der nächsten Jahre.

Das wird nicht einfach sein. Denn Wachstum ist der Mythos der modernen
Gesellschaften. Er durchdringt alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens, so
dass wir uns gar nichts anderes mehr vorstellen können. Die Aufgabe lautet also:
Wie kann man Wachstum entmythologisieren?

275 *Konkrete Maßnahmen*

Der Weg weg von der Wachstumsgesellschaft hin zur Wohlstandsgesellschaft ist
nicht klar vorgezeichnet. Auch wird dieser Transformationsprozess nicht ohne
280 Widersprüche, Rückschläge und Fehlritte zu bewältigen sein. Dennoch beginnt jeder
Weg mit den ersten Schritten. Wir schlagen folgende konkrete Maßnahmen vor, mit
denen die Emanzipation von der Fixierung auf Wachstum beginnt.

285 • Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform.

Die ökologische Steuerreform soll den Verbrauch von endlichen Ressourcen teurer,
Arbeitsleistung aber kostengünstiger machen. Wichtig dabei ist: über die
Verbrauchssteuern soll nicht verdeckt eine Steuererhöhung stattfinden, die
ökologische Steuerreform soll aufkommensneutral sein. Das schließt aber nicht aus,
290 dass ökologisch unsinnige Steuerprivilegien und Steuerungerechtigkeiten an anderer
Stelle aufgehoben werden. Auch hier soll damit aber eine Entlastung zum Beispiel im
sozialen Bereich möglich gemacht werden. Eine Erhöhung der Verbrauchsteuer auf
fossile Kraftstoffe soll sich an der Entwicklung der Energieeffizienz und des
Geldwertes orientieren: Verbraucht beispielsweise die Autoflotte zwei Prozent
295 weniger als im Vorjahr, darf der Sprit durch eine höhere Ökosteuern um zwei Prozent
– ggf. mit einem Inflationsaufschlag – teurer werden. So wird ein langfristiges Signal
für sparsamen Umgang mit Ressourcen gesetzt, ohne dass die Kosten für die
Allgemeinheit steigen. Über ergänzende sozialpolitische Maßnahmen – etwa den
Grundverbrauch von den Erhöhungen auszunehmen – muss gründlich beraten
300 werden.

• Einführung anderer Indizes als Alternative zum BIP.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der gängige Indikator zur Messung der
wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser Indikator hat jedoch grundlegende Schwächen,
die dazu führen, dass mit zwar das Wachstum ausgedrückt in Geldeinheiten,
305 gemessen werden kann, nicht jedoch die Entwicklung des Wohlstands. Im BIP
fließen auch nicht wünschenswerte Ereignisse wie Krankheit oder Umweltzerstörung
als wachstumsteigernd ein; ehrenamtliche Arbeit bleibt hingegen außen vor. Auch
die Frage der Verteilung von Vermögen, Gütern und Einkommen wird durch das BIP
nicht erfasst. Als Alternative bietet sich Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) an, der

310 diese Schwächen nicht aufweist und somit mehr Aussagekraft hat. Wir fordern
deshalb, dass der NWI in den offiziellen statistischen Zahlenwerken obligatorisch
ausgewiesen wird. Wichtig aber ist: Indizes stellen immer eine statistische Größe
dar, die die Differenziertheit der Gesellschaft nicht wiedergibt. Deshalb muss sich die
315 politische Entscheidung immer an der wertorientierten Zielsetzung und nicht an der
Kennziffer orientieren.

- Förderung anderer Arbeitszeitmodelle

- Stärkung Bürgerschaftliches Engagement

320 Viele gesellschaftliche Aufgaben können oder müssen auf ehrenamtlicher Basis
erfüllt werden. Auf der anderen Seite gibt es ein ungenutztes Potential von
Menschen, die zu ehrenamtlicher Tätigkeit bereit und in der Lage sind. Wichtig ist es,
gezielt Ehrenamtliche zu suchen, diese soweit notwendig zu qualifizieren, und sie bei
ihrer ehrenamtlichen Arbeit zu unterstützen, um Überforderungen und Probleme
325 durch mangelnde Professionalität zu vermeiden.

- Nachhaltigkeits-TÜV für parlamentarische Entscheidungen.

Die tatsächlichen und langfristigen Folgen politischer Beschlüsse werden häufig gar
nicht oder unzureichend erfasst. Ökologische, soziale oder finanzielle Auswirkungen
330 in der Zukunft sind jedoch wichtige Entscheidungskriterien. So entstehen durch eine
neue Autobahn nicht nur Baukosten, sondern auch Kosten für den Unterhalt; sie hat
zudem Auswirkungen auf die Umwelt. Der Verzicht auf eine ausreichende Anzahl
von SozialarbeiterInnen und PsychologInnen an den Schulen entlastet die
öffentlichen Haushalte kurzfristig; die Kosten für soziale Maßnahmen in der Zukunft,
335 die nur aufgrund der früheren Einsparung entstehen, sind jedoch oft um ein
Vielfaches höher als die Spareffekte in der Gegenwart. Die beiden Beispiele zeigen,
dass häufig parlamentarische und politische Entscheidungen getroffen werden, ohne
die langfristigen Konsequenzen zu bedenken. Wir fordern deshalb, dass bei
Entscheidungen in den Parlamenten verpflichtend auch die langfristigen
340 Folgewirkungen als Kriterium herangezogen werden. Ein solcher Nachhaltigkeits-
TÜV kann helfen, falsche Weichenstellungen zu Lasten kommender Generationen zu
verhindern.

- Neuorientierung der Finanzmärkte

345 Die Finanzmärkte müssen von Grund auf neu ausgerichtet und mit einem „Finanz-
TÜV“ ständig überprüft werden. Zu den Maßnahmen gehören:

- Einführung der Finanzmarkttransaktionssteuer
- Eine unabhängige, europäische Ratingagentur
- Ein Verbot von Leerverkäufen und Derivaten: Der Anleger muss wieder
350 und ausschließlich die Anlage (Aktie, Wertpapier) als solches mit Risiko
und Chance bewerten und darf sich nicht über Gegenpositionen vom
Risiko freistellen
- Höhere Eigenkapitalanforderungen für alle Marktteilnehmer
- Jedes „Produkt“ des Finanzmarktes muss vor der Zulassung geprüft
355 werden

- Förderung alternativer Rechts- und Eigentumsformen bei Unternehmen

Stiftungen, Genossenschaften, Personengesellschaften und andere Unternehmens-
formen, die unter geringerem Renditedruck stehen, als dies in der Regel bei
360 börsennotierten Unternehmen der Fall ist, sind von staatlicher Seite zu unterstützen.

Diese Unternehmensformen haben sich in der Vergangenheit als weniger anfällig für spekulative Übertreibungen gezeigt. Ihre Förderung ist deshalb im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

365 • Überarbeitung des Steuerrechtes

Das Steuerrecht in Deutschland begünstigt einseitig die Vermögenden. Wenn vielfach sogar einzelne Mitglieder der Unionsfraktionen eine Anhebung des Spitzensteuersatzes fordern so lenkt das von der Tatsache ab, dass die Haupteinkünfte der Vermögenden aus der Anlage von Kapital herrühren. Dabei werden mit der Abgeltungssteuer diese Einkünfte mit einem viel zu niedrigen Steuersatz versteuert. Die Abgeltungssteuer muss deshalb auf den Prüfstand – wobei die Erhöhung (europäischen Zinsrichtlinie: auf 35%) eine Möglichkeit darstellt, eine Rückkehr zur Versteuerung von Kapitaleinkünften zum persönlichen Steuersatz im Rahmen der Einkommenssteuererklärung eine andere. Die Abgeltungssteuer benachteiligt Eigenkapitalfinanzierung gegenüber Fremdkapitalfinanzierung. Während Fremdkapitalzinsen im Unternehmen steuerlich geltend gemacht werden können und so ausschließlich beim Anleger mit dem Steuersatz der Abgeltungssteuer belastet werden, erfolgt die Besteuerung des Eigenkapitals beim Unternehmen (über die Körperschaftsteuer) und erneut beim Anleger über die Abgeltungssteuer. An dieser Stelle sollen nur zwei zentrale Punkte angesprochen werden:

- 380 ○ Aufhebung der Fehlorientierung in der Besteuerung von Fremdkapital (25%) zu Eigenkapital (50%): Wir Grünen wollen die Eigenkapitalbasis der Unternehmen stärken, damit wird die Nachhaltigkeit unternehmerischer Entscheidungen gestützt.
- 385 ○ Stärkung der im weltweiten Vergleich in Deutschland sehr niedrigen Vermögensbesteuerung (Grundsteuer, Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer) bei Abbau des sogenannten „Mittelstandsbauches“ bei der Einkommensteuer

390

Hier ist noch Platz für weitere Forderungen...

395 Der Entwurf wurde angefertigt von:

Martin Runge, Markus Ganserer, Beate Walter-Rosenheimer, Jutta Wilking, Christoph Hau, Johannes Reetz, Alex Burger, Fabian Hamák, Dieter Janecek, Eva Leipprand, Doris Wagner, Matthias Gauger und Thomas Gambke